

Führung / Kommunikation

# Erfolgsinstrument Stadtumbau in Ost und West über 2020 hinaus festschreiben – Demografische Spaltung Deutschlands verhindern

Attraktive Großstädte auf der einen Seite, schrumpfende Regionen auf der anderen Seite. Dieser Gegensatz wächst in Deutschland seit geraumer Zeit. Während in Ballungszentren der Wohnraum knapp wird, kämpfen einige ländliche Regionen mit zunehmendem Leerstand. „Wir müssen attraktive Quartiere und lebendige Nachbarschaften gerade in den Gebieten sichern, die von Bevölkerungsrückgang betroffen sind. Dazu brauchen wir ein starkes, flexibles und ressortübergreifendes Stadtumbauprogramm“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, am 25. Januar bei einem öffentlichen Fachgespräch im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages zur Evaluierung der Stadtumbauprogramme Ost und West.

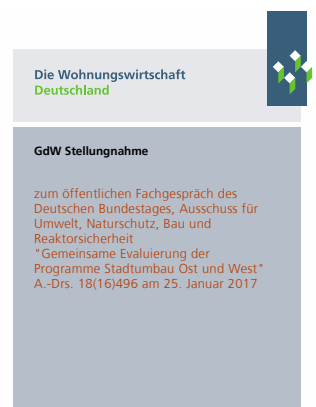
Der GdW-Präsident setzte sich als Vertreter der Wohnungsunternehmen und -genossenschaften für eine langfristige Fortführung des Erfolgsinstruments Stadtumbau ein. Als zuverlässiger Partner der Kommunen hat die Wohnungswirtschaft beim Rückbau in den vergangenen Jahrzehnten die Hauptlast geschultert.

Die Wohnungswirtschaft unterstützt den Vorschlag aus dem Evaluationsgutachten zum Stadtumbau, nach Jahren der Aufwertungs- und Rückbaumaßnahmen sowohl in wachsenden als auch in schrumpfenden Regionen in Ost und West ein gemeinsames bundesweites Stadtumbauprogramm – möglichst noch in der laufenden Legislaturperiode – zu schaffen. Im Haushalt 2017 hat der Bund die Stadtbaumittel erfreulicherweise insgesamt um 50 Millionen Euro auf knapp 250 Millionen Euro angehoben. Diese Aufstockung müsse unbedingt, wie in der Finanzplanung der jetzigen Regierung vorgesehen, bis 2020 gesichert und auch für die Jahre danach festgeschrieben werden, so Gedaschko.

„Die Herausforderungen beim Stadtumbau werden trotz der erfolgreichen Arbeit der vergangenen Jahre angesichts der wachsenden demografischen Spaltung Deutschlands nicht weniger, sondern mehr“, betonte der GdW-Präsident. Die spezifischen Förderinstrumente des Stadtumbaus Ost zum Rückbau von dauerhaft nicht mehr benötigtem Wohnraum müssten daher in das künftige gemeinsame Programm eingehen und auch für Kommunen mit gleicher Problemlage in den alten Ländern zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollten die Bundesregelungen zum zukünftigen Stadtumbau den Ländern Flexibilität einräumen. Stadtbaumittel sind für wachsende wie für schrumpfende Regionen erforderlich.

Zusätzlich brauchen die Wohnungsunternehmen flankierende Maßnahmen, um die wirtschaftliche Tragbarkeit des Stadtumbaus zu sichern. Es ist ein begleitendes Förderprogramm notwendig, um durch nicht-investive Maßnahmen attraktive Ankerpunkte in schrumpfenden Gebieten zu schaffen beziehungsweise zu erhalten. „Wir werden die viel diskutierten Probleme in den Ballungsgebieten, wie Wohnungsmangel und steigende Mietpreise, nur lösen können, wenn wir gleichzeitig und mit ebenso starkem Engagement die Herausforderungen in den Schrumpfungsregionen angehen“, sagte Gedaschko. „So lassen sich der dortige Bevölkerungsrückgang abmildern, die Lebensqualität stärken und Ballungsregionen entlasten.“

Katharina Burkardt



17. Januar 2017

Die Stellungnahme Des GdW zum Fachgespräch hier als pdf per [KLICK](#)